

achtergremiums, zu dem Heinrich Wuhler nicht gehört.

Falsch ist, Heinrich Wuhler sei Autor der von der Werbeagentur Durana-Ketchum beim Bundesverkehrsministerium präsentierten Kinderaufklärungskampagne „Der kleine Fuß“ und habe einen Berater-Vertrag mit dieser Agentur. Richtig ist dagegen, daß Heinrich Wuhler nicht Autor der Kampagne „Der kleine Fuß“ ist und daß weder ein Berater- noch ein sonstiger Vertrag zwischen dieser Agentur und Heinrich Wuhler bestand oder besteht.

Unrichtig ist, daß Heinrich Wuhler einen Beratervertrag mit der Anstalt ZDF habe. Richtig ist vielmehr, daß kein Vertrag zwischen Heinrich Wuhler und dem ZDF besteht.

Falsch ist, der Stuttgarter Sparkassen-Verlag habe, von Wuhler beraten, „ein paar Hunderter“ gezahlt. Richtig ist dagegen, daß der Stuttgarter Sparkassen-Verlag von Heinrich Wuhler nicht beraten wurde und nichts an ihn gezahlt hat. Der Sparkassen-Verlag hat lediglich im Anschluß an die Erteilung von Nachdruckerlaubnissen für ADAC-Broschüren zwei Spenden in Höhe von je DM 250,— an den (gemeinnützigen) ADAC-Sicherheitskreis überwiesen.

München, den 28. 12. 1977

Heinrich Wuhler

Das Hamburgische Pressegesetz verpflichtet zum Abdruck einer Gegendarstellung ohne Rücksicht auf deren Wahrheitsgehalt, sofern nur bestimmte formelle Voraussetzungen beachtet worden sind. — Red.

LEHRER

Gegen Notenterror

In niedersächsischen Schulen vergaben kommunistische Lehrer, Klassenkämpferisch, nur Einsen und Zweien — aber nicht einmal damit kamen sie bei den Eltern an.

Der niedersächsische Kultusminister Werner Remmers (CDU) hatte sich Übersicht verschaffen wollen. Von seiner Behörde ließ er zusammenstellen, was so an Verfahren gegen radikale Lehrer im Lande anhängig war. Und nun, da alles beisammen war, konnte er sich „keinen besonderen Reim darauf machen“.

An die 30 Lehrer wurden seit Anfang 1976 in Niedersachsen entlassen oder vorläufig des Dienstes enthoben, gegen ein halbes Dutzend wird vorgegangen. Darunter nur ein Pädagoge von der orthodoxen DKP, der Rest fast ausnahmslos vom Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW) — und genau das verblüffte den Minister: daß „die so offen zu Werke gehen“.

Die niedersächsische Radikalen-Tabelle weist mehr entlassene K-Bündler aus als die Listen anderer Bundesländer, und das hat womöglich einen spezifischen Grund: Trotz der notwendigen Etatbeschränkungen hat Niedersachsen auch in den Jahren 1976 und 1977 jeweils 4000 neue Lehrer eingestellt, ohne Rücksicht auf die Studienorte der Bewerber und bei relativ liberaler Überprüfung der Kandidaten.

So entpuppten sich manche Neulehrer erst im nachhinein als Rote von der radikalen Sorte; und vorzugsweise auf dem flachen Land, in Ostfriesland, Butjadingen oder in der Wesermarsch, wo es Lehrer gemeinhin nicht hinzieht, sondern verschlägt, machten sich KBW-Pädagogen an die Arbeit: heim-



Kultusminister Remmers
Besonderer Reim

lich Zellen aufzubauen und offen Agitation zu betreiben.

Auf dem Wochenmarkt verkauften sie das KBW-Organ „Kommunistische Volkszeitung“ („KVZ“), im Unterricht schimpften sie gegen „Schulunterdrückung“. Gesteuert vom Zentralkomitee (ZK) des KBW und verpflichtet von der „Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe“ (GUV), in der die mit dem KBW sympathisierenden Intellektuellen „grundorganisiert“ sind, wandten sie sich in den Klassenzimmern insbesondere gegen „Notenterror“. Darunter verstanden sie, klar vernehmbar in Nordenham wie in Bodenfelde, den „Kampf gegen jede Fünf und Sechs“.

Prompt verteilten sie keine schlechten Noten, ließen es bei Einsen bis Vie-

ren bewenden oder vergaben, wie in einer 10. Hauptschulklasse im Regierungsbezirk Oldenburg, Einheitszensuren für bestimmte Klassen und Fächer — in Deutsch nur Zweien und Dreien, in Rechtschreibung nur Einsen und Zweien. In Delmenhorst einigte sich eine KBW-Lehrerin mit den Schülern auf die Einheitsnote Zwei für Musik.

Erkennbar suchten die jungen Pädagogen, die bis dahin meist unbeanstaltet unterrichtet hatten, neuerdings die Auseinandersetzung mit der Kultusbürokratie. Die Schul-Agitatoren unterrichteten schon mal unter dem Motto „Gewehre für die Jugend Zimbabwes“. Und in der „KVZ“ wurde aufgefordert, „Schulunterdrückern“ notfalls „gewaltig auf ihre schmutzigen Pfoten“ zu klopfen. Eine Heisfelder Lehrerin bekannte sich gar offen dazu, ihre Schüler „an Stelle des Fachunterrichts und auch außerhalb der Schulzeit in Diskussionen und Demonstrationen für ihre politischen Ziele“ einbezogen zu haben.

Solche Bekenntnisse, so ungenierte Auftritte reichten glatt zu Dienstsuspendierungen selbst für Beamte auf Lebenszeit, und das Aufsehen, das dabei erhofft wurde, war schon wieder ins politische Kalkül genommen: als Hilfsmittel zur ersuchten Mobilisierung der „Massen“. ZK-Resolution:

Im Kampf gegen das bürgerliche Schulwesen gehen wir... dazu über, den täglichen Kleinkrieg der Schüler gegen das Notensystem in eine Kampagne gegen die 5en und 6en und gegen Nichtversetzung zu überführen, die vor dem Zeitpunkt der Jahreszeugnisvergabe die Form von Massenaktionen... annehmen muß.

Um die „Bewegung der Schüler“ in stärkerem Maße zu unterstützen, verfügte das KBW-ZK diese „politische Linienänderung“ schon im April. Mit ihr sollten die Lehrer ihre „vornehme Zurückgezogenheit“ ablegen, notfalls durch „Opferung vieler Leute“ — was denn auch geschah.

Nur blieb, typisch für die zu Fehl einschätzungen neigenden Funktionäre des KBW, die erhoffte Mobilisierung von Schülern und Eltern aus. Und Erfolgsmeldungen in der „KVZ“ lasen sich dann gar nicht mehr wie Erfolgsmeldungen: „Auf dem Nordenhamer Marktplatz sammeln sich... ca. 30 Eltern, Schüler und Lehrer...“

Während sich die KBW-Leitung gegen diese „offensichtlichen Tatbestände abschottete“, erkannten die Lehrer, die rund zwanzig Prozent der KBW-Mitgliedschaft ausmachen, ihre „Niederlage“ sehr bald, und manche versuchten auf ihre Art, mit den Parteipositionen klarzukommen. Einige stiegen bei GUV und KBW aus, andere suchten, wie ein Betroffener zugab, in der Notenkampagne von Fall zu Fall zu lavieren, um ihren Job nicht für nichts aufs Spiel zu setzen.

Die mangelhafte Umsetzung der ZK-Beschlüsse in den anderen Ländern

der Bundesrepublik ist denn wohl auch die eigentliche Ursache für die herausragende Rolle, die Niedersachsen in der KBW-Schulpolitik zu spielen scheint. Die anderen Bundesländer verzeichnen, wenn überhaupt, bisher nur Einzelgänger, Rheinland-Pfalz und das Saarland sogar „nicht einen Fall“ — ein womöglich trügerischer Erfolg.

Denn Niedersachsen, so weiß einer der angeleiteten KBW-Lehrer, „verzerrt ein bißchen das Bild“. Das Land liege im Schulkampf seiner Organisation „eher etwas unter KBW-Schnitt“.

VERBRECHEN

Starker Bartwuchs

Die Ermordung eines Polizisten kommt jetzt in Frankfurt vor Gericht. Gaben Terroristen die tödlichen Schüsse ab?

Er habe deutlich gesehen, meldete der Junge dem Revier, wie der Mann „plötzlich die Hose fallen ließ und an seinem erregten Glied spielte“.

Polizeimeister Fritz Sippel, 22, und Kollege Rolf Korol, 23, rückten aus, im Freizeitgelände des Spremlinger Stadtwaldes, südlich von Frankfurt, den Täter zu stellen. Kennzeichen: blaues Hemd mit Brusttasche.

In einer Gruppe von drei jungen Männern und zwei Mädchen, die in einer Kuhle am „Kiessee Bauer“ lagerten, glaubte ein Kind den Mann zu erkennen, der sich hier „schon öfter in schamverletzender Weise gezeigt“ habe — ein verhängnisvoller Irrtum.

Die Beamten sahen dem vermeintlichen Exhibitionisten aufs Hemd, schauten in den Paß und führten ihn zum Wagen, da fielen Schüsse. Polizeimeister Sippel wurde von zwei Kugeln unterschiedlichen Kalibers tödlich getroffen, eine durchschlug Brust und Bauch, die andere drang in den Kopf. Korol, den es an der Hand und der Schulter erwischte, feuerte noch ein ganzes Magazin auf die Täter, die im Gehölz untertauchten.

Der Mord in der Mulde, am 7. Mai 1976 geschehen, wird vom Mittwoch dieser Woche an 19 Tage lang vor einem Darmstädter Schwurgericht verhandelt, aus Sicherheitsgründen in der Strafvollzugsanstalt in Frankfurt-Preungesheim, wo kürzlich auch der Bombenbastler der „Roten Armee Fraktion“, Dierk Hoff, seinen Prozeß hatte. Angeklagt sind

- ▷ der Student Detlef Schulz, 28, aus Enkenbach in der Pfalz, den Ermittlungen zufolge der verwechselte Exhibitionist, und
- ▷ der Maschinenbauer Johannes Roos, 24, aus Frankfurt, der laut Anklage einer der beiden Schützen



Erschossener Polizist Sippel
Kugel vom Kollegen?

gewesen sein soll, die das Feuer auf die beiden Beamten eröffneten.

Ein Prozeß mit vielen Unbekannten steht an. Es fehlt der dritte Mann auf der Anklagebank; die beiden Mädchen, die sich noch vor der Schießerei davonmachten, blieben verschwunden.

Auch gab es bislang unterschiedliche Aussagen über die Beteiligung von Roos. Schwer dürfte der Staatsanwaltschaft der Nachweis fallen, wer welche Schüsse abgegeben hat — zwei Rentner hatten gleich nach dem Schußwechsel die Patronenhülsen eingesammelt. Verteidiger Heinz Funke sieht „ganz schöne Widersprüche“.

Der Prozeß bricht zudem mit einer Praxis, die bisher gängig war, wenn es Gewalttaten einer vermeintlichen terroristischen Gruppe gerichtlich zu bewältigen galt: Obwohl das Bundeskriminalamt die Tat von Spremlingen auf seinen terroristischen Ereigniskalender neben „Stockholm-Überfall“, „Opec-Anschlag“ oder „Drenkmann-Mord“ gesetzt hatte, reden die Ankläger diesmal nicht von einer „kriminellen Vereinigung“.

Der „ganz normale Mordprozeß“, so die Staatsanwaltschaft, wird womöglich offenlassen, ob sich am Kiesweicher nur ein loser Haufen zufällig traf oder ob ein fester Zirkel über neue Strategien beriet. Die Fahndung freilich zielte von Beginn an auf terroristische Kreise; zu typisch war der Tatablauf: erst Vorzeigen eines gestohlenen Passes mit altem Namen und neuem Bild, dann, bei Argwohn der Kontrolleure, Freischießen des Fluchtweges.

Als Schulz, zwei Wochen nach dem Mord, in Straßburg bei einem Handtaschen-Diebstahl gestellt wurde, waren Staatschützer schnell sicher, der Gefaßte sei auch an der Kiesgrube gewesen. Das Photo auf dem am Tatort zurückgelassenen Paß deutete auf Schulz, Zeugen identifizierten ihn.

Ins Bild passe, fanden die Ermittler, auch die Vergangenheit des Verdächtigen: in Heidelberg Mitglied des „Sozialistischen Patientenkollektivs“ und zusammen mit dem Stockholm-Attentäter Lutz Tauber zeitweilig Geschäftsstellenleiter im „Informationszentrum Rote Volksuniversität“.

Registriert war, daß Schulz 1974 an der Besetzung des Hamburger Büros



Großfahndung nach dem Sippel-Mord: Der dritte Mann entschwand